Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Freundinnen und Freunde,
sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Bürgermeister Thomas Hermann,

wie jedes Jahr versammeln wir uns heute am 1. September hier auf dem Ehrenfriedhof am Maschsee-Nordufer, um gemeinsam am Antikriegstag dem Kriegsbeginn zu gedenken. Dieses Jahr begehen wir einen besonderen Jahrestag. Heute vor 80 Jahren begann der Zweite Weltkrieg durch den Überfall von Nazi-Deutschland auf Polen. Wir sind heute hier im gemeinsamen Verständnis zusammengekommen, dass es wichtig ist, an das Geschehene in der Vergangenheit zu erinnern, um damit für die Gegenwart und Zukunft zu mahnen.

Zu diesem 80. Jahrestag haben wir gemeinsam mit der Landeshauptstadt Hannover und dem Deutschen Gewerkschaftsbund ein besonderes Programm zusammengestellt. Vor dieser Veranstaltung wurde bereits einen Kranz in der Aegidienkirche niedergelegt, am Mahnmal in Marienwerder wird das gleiche morgen noch geschehen. Im Anschluss an dieses Treffen hier wird es eine Gedenkveranstaltung im Neuen Rathaus geben. Wir freuen uns, dass wir hierfür den Vorsitzenden der Gewerkschaft ver.di, unseren Kollegen Frank Bsirske, für ein Grußwort/eine Rede gewinnen konnten. (Lieber Frank, schön, dass Du heute bei uns bist, Hannover ist Dir ja eh sehr vertraut.) Ich finde es gut, dass es in unserer Stadt eine so gute und unkomplizierte Zusammenarbeit gibt, diesen Gedenktag zu organisieren. Herzlichen Dank an alle Beteiligten.

Unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung basiert auf der Idee von Demokratie, Frieden und Freiheit. Unser Grundgesetz ist entstanden, als die grausamen Erfahrungen aus der Zeit von 1933 bis 1945 noch allgegenwärtig waren. 65 Millionen Menschen sind damals durch direkte Kriegseinwirkung und weitere 15 Millionen Menschen durch Kriegsfolgen und Verbrechen gestorben. Dazu zählen auch die sechs Millionen Juden, die der menschenverachtenden faschistischen Ideologie der Nazis zum Opfer gefallen sind.

Auch auf diesem Ehrenfriedhof sind Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft begraben. 386 Kriegsgefangene, verschleppte Zwangsarbeiter, Insassen von Konzentrationslagern aus der Region Hannover liegen hier. Unter ihnen sind auch die 154 sowjetische Soldaten, die am 6. April 1945, wenige Tage vor Kriegende, von der Gestapo auf dem Seelhorster Friedhof ermordet wurden.

Unsere Geschichte zeigt, dass eine demokratische Gesellschaft keine Selbstverständlichkeit ist. Wir müssen gemeinsam jeden Tag dafür einstehen und unsere Demokratie stärken – auf der Arbeit, im privaten Umfeld und natürlich in der Politik. Es ist nicht zu übersehen, dass es Kräfte in Deutschland gibt, die das Ziel haben, unsere Werteordnung zu verändern. Sie agieren nicht im Stillen, sondern sie sind laut und deutlich zu hören. Zum Beispiel:

- Frauke Petry erklärte vor der Bundestagswahl, den Begriff „völkisch“ wieder „positiv besetzen“ zu wollen. Laut Duden bedeutet „völkisch“ „nationalsozialistisch, in der rassistischen Ideologie des Nationalsozialismus“.

- Alexander Gauland verharmloste den Nationalsozialismus durch seine Bezeichnung der NS-Diktatur als „Vogelschiss in der deutschen Geschichte“.

- Björn Höcke nannte das Holocaust-Denkmal in Berlin „Denkmal der Schande“ und forderte eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“.

Menschen, die so sprechen, haben eine andere Gesellschaftsordnung zum Ziel. Wir stehen heute auch deshalb hier, um uns dem entgegenzustellen.

Gleichzeitig brauchen wir politische Strategien, dass sich diese Ideologie in unserer Gesellschaft nicht weiter verfestigen. Ich stehe gerade heute auch hier, um zu hoffen, dass bei Wahlen in Brandenburg und Sachsen nicht die Geschichtsverfälscher und Leugner, nicht die Spalter und Hetzer weiter Zulauf bekommen. Was können wir tun … oder: Was muss Gesellschaft schaffen? Aus meiner Sicht ist der wichtigste Hebel, die ungleichen

Lebensbedingungen zu überwinden. Wenn alle Menschen gute Zukunftsperspektiven haben, entziehen wir damit den Nährboden für die spalterischen Ausgrenzungsparolen der Demokratiefeinde. Ich finde es im Übrigen ungehörig und schändlich, dass Arbeitgeber im Osten der Republik und deren Verbände gleiche tariflichen Bedingungen wie im Westen seit 30 Jahren ablehnen. Gut für den sozialen Frieden ist das jedenfalls nicht, sie sollten damit aufhören. Aber nicht nur in Ost-Deutschland, auch hier in Hannover gibt es Betriebe, die ein gerechtes Entgelt verweigern, wie die Hanomag Lohnhärterei. Da sind wir gerade in der Tarif-Auseinandersetzung.

Wir als Gewerkschaften haben es uns zur Aufgabe gemacht, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. Dies machen wir einerseits durch unsere Tarifverträge. Andererseits ist es aber auch notwendig, Einfluss auf die politische Agenda der Regierenden zu nehmen. Es gibt zahlreiche Bereiche, in denen Deutschland deutlich besser werden muss. Zum Beispiel:

- beim Ausbau gesetzlichen Renten- und Pflegeversicherung
- beim Ausbau der gesetzliche Krankenversicherung
- beim Ausbau der Pflege in Alten- und Pflegeheimen und der Versorgung in Krankenhäusern
- beim Ausbau des sozialen Wohnungsbaus
- bei der Modernisierung von Schulen und Kindertagesstätten
- bei sozialverträglichen Maßnahmen gegen den Klimawandel
- beim Ausbau von 4G und 5G und bei der Elektro-Ladeinfrastruktur

Genügend Mittel für diese Aufgaben sind vorhanden. Sie müssen nur richtig eingesetzt werden.

Weltweit werden mehr als 1,64 Billionen Euro für Rüstung ausgegeben. Auch in Deutschland steigt der Verteidigungshaushalt kontinuierlich. Der Verteidigungsetat bemisst derzeit rund 43 Milliarden Euro – das sind bereits 10 Milliarden Euro mehr als noch vor vier Jahren. Doch damit nicht genug: Deutschland hat sich in der NATO verpflichtet, den Wehretat auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis 2024 zu erhöhen – also auf 85 Milliarden Euro. Das ist das doppelte unserer heutigen Militärausgaben. Das ist der deutsche Anteil am internationalen Wettrüsten. Ich bin so sauer

darüber, wütend und ich würde noch viel lauter schimpfen, stünden wir nicht auf einem Friedhof.

Gleichzeitig erleben wir, wie internationale Verträge ihre Schutzwirkung verlieren. Die USA und Russland haben den Vertrag über die Abrüstung nuklearer Mittelstreckenraketen (INF) außer Kraft gesetzt. Zukünftig ist es den Supermächten also wieder erlaubt, landgestützte Flugkörper mit kürzerer und mittlerer Reichweite von 500 bis 5.500 Kilometern zu bauen.

Auch der einseitig erklärte Ausstieg der USA aus dem internationalen Atomabkommen mit dem Iran verschärft die internationale Lage. Inzwischen hat auch der Iran erklärt, dass er das Abkommen teilweise nicht mehr anwenden wird. Dies führt zurzeit zu einer militärischen Eskalation und zu einer unübersichtlichen Lage im Nahen Osten und am Persischen Golf. Europa denkt über eine gemeinsame Militärmission nach. Die USA ist bereits mit Kriegsschiffen vor Ort. Manche Experten vergleichen die augenblickliche Situation am Persischen Golf mit der angespannten politischen Lage in Europa kurz vor dem ersten Weltkrieg. Ich habe ein bisschen Angst.

Trotz dieser augenblicklich nicht besonders beruhigenden Situation möchte ich uns den Mut nicht nehmen. Wir wollen eine Welt ohne Kriege und Leid. Es bleibt richtig, dieses ehrenwerte Ziel zu verfolgen. Aber es ist eine große Aufgabe. Es ist Berufung für Pazifisten. Wir sollten uns vor der Aufgabe nicht scheuen. Wer wenn nicht wir gemeinsam, bringen dieses Ziel immer wieder auf die Tagesordnung. Eine Welt ohne Kriege und Leid wäre eine wirkliche Alternative für diese eine Welt. Ein kleiner, aber nicht unwichtiger Baustein hierfür ist diese jährliche Veranstaltung zum Antikriegstag. Lasst uns so weitermachen – sie verfehlt ihre Wirkung nicht.

Nie wieder Krieg. Nie wieder Faschismus.

Herzlichen Dank!